

Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan · Telefon (075) 232 42 42 · Fax Redaktion (075) 232 29 12 · Fax Inserate (075) 232 95 46 · Amtliches Publikationsorgan · 80 Rp.

FBP-Parteitreffen im Zeichen des Dankes für verdiente Mandatare

Am Samstagabend wurden in Balzers die zurückgetretenen Amtsinhaber offiziell verabschiedet – Dank von FBP-Präsident Dr. Hansjörg Marxer

Nicht im Rahmen eines statutarisch vorgesehenen Parteitages, sondern mit einer Sonderveranstaltung wollte die FBP-Leitung den Dank an die aus der aktiven Politik ausgeschiedenen Mandatare aus Regierung, Landtag und Präsidium abgeben. Am Samstagabend war es so weit: Die verdienten Parteimitglieder und Mandatare konnten den Dank der Parteispitze sowie ein kleines Geschenk als symbolische Anerkennung ihres grossen Einsatzes entgegennehmen.

Der neue Stil der FBP wurde auch bei dieser Veranstaltung sichtbar. Eine kleine Ausstellung im Foyer des Balzner Saales wies auf die bald 75jährige Geschichte der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP) hin, die diesen Staat in seinen wichtigsten Phasen verantwortungsbewusst geführt hat. Moderne musikalische Umrahmung machte auch akustisch darauf aufmerksam, dass der neue Stil sich überall durchzusetzen beginnt. Die FBP möchte damit die Parteiveranstaltungen, die – wie anderswo auch – teilweise unter einem Rückgang der Teilnehmerzahlen litten, attraktiver machen.

FBP-Präsident Dr. Hansjörg Marxer verabschiedete im Rahmen dieses Parteitreffens die verdienten Mandatare, die ihre Kräfte in den Dienst der Partei gestellt hatten.

Mehr über die FBP-Veranstaltung auf Seite 5 der heutigen Ausgabe



Ein Parteitreffen der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP) am Samstagabend in Balzers, um verdienten Mandataren, die zurückgetreten sind, zu danken. FBP-Präsident Dr. Hansjörg Marxer stattete den Dank der Partei an die ausgeschiedenen Mandatare ab, die teilweise weiterhin in anderen Funktionen der Partei zur Verfügung stehen. (Bild: Beat Schürte)

Noch viele offene Fragen nach der Rückzahlung des Darlehens

Die Angelegenheit mit der Vergabe eines Darlehens aus der staatlichen Pensionsversicherung darf noch nicht ad acta gelegt werden

(G. M.) – Eine nicht näher bezeichnete «österreichische Firma» hat, wie Regierungschef-Stellvertreter Dr. Mario Frick am Samstag gegenüber dem «Vaterland» erklärte, jene Summe an die Pensionsversicherung zurückbezahlt, die während Monaten eine kontroverse Diskussion in unserem Land auslöste. Der für die Vaterländische Union (VU) und insbesondere für den früheren Regierungschef Hans Brunhart peinliche Darlehensfall könnte damit, was offensichtlich in den Bestrebungen der VU liegt, als erledigt betrachtet werden. Doch darf dies nicht geschehen, denn noch sind zu viele Fragen offen, die einer klaren Antwort harren.

Regierungschef-Stellvertreter Dr. Mario Frick hat laut «Vaterland» folgende Erklärung abgegeben, wobei nicht angegeben wurde, aus welchen Quellen die Zeitung die Information über die Rückzahlungsaktion für die Pensionsversicherung hatte: «Es ist zutreffend, dass die Forderung der staatlichen Pensionsversicherung von einer privaten österreichischen Firma, die am Kauf dieses Objektes grosses Interesse zeigt, abgelöst worden ist. Das heisst, die Darlehenssumme ist der Pensionsversicherung vollumfänglich zurückbezahlt worden. Zusätzlich wurde das Darlehen für die gesamte

Laufzeit mit den banküblichen Hypothekar-Zinssätzen verzinst. Darüber hinaus sind sämtliche im Zusammenhang mit der Darlehensvergabe für das Land entstandenen Unkosten von der interessierten Firma abgedeckt worden. Der Pensionskasse ist somit aus der Darlehensvergabe kein Verlust entstanden.»

Viele offene Fragen

Die Erklärung des VU-Regierungschef-Stellvertreters, die offensichtlich der Beruhigung der Bevölkerung dienen soll, lässt eine Reihe von Fragen offen, auf deren Antworten die Öffentlichkeit einen Anspruch hat. Verschiedene Reaktionen aus der Bevölkerung weisen darauf hin, dass die erfolgte Finanztransaktion noch nicht der Abschluss einer Angelegenheit sein kann, die während längerer Zeit im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stand.

● Was heisst beispielsweise «vollumfänglich» zurückbezahlt? Am 31. Dezember 1992 belief sich der Stand des Darlehens (inklusive Zins) auf 978 919 Fr. Nach Rücksprache mit der Ostschweizerischen Treuhandgesellschaft wurde eine vorsorgliche Abschreibung von 198 919 Fr. vorgenommen, so dass in der Bilanz der Pensionskasse noch eine Restschuld von 780 000 Fr. aufschien.

Hat nun die «private österreichische Firma» die effektive Darlehensschuld bezahlt oder nur die Restschuld?

● Die Bank Wüstenrot hatte eine gerichtliche Zwangsversteigerung des Hauses beantragt, wobei nach Auskunft der Regierung im Landtag diese Bank im Grundbuch im Range vor der Pensionsversicherung stand. Wie wurde diese Angelegenheit abgewickelt?

● Wer steckt hinter der «privaten österreichischen Firma»? Hat diese Firma nur das für die VU peinliche Darlehen zurückbezahlt oder befindet sich diese Firma bereits im Besitz des Hauses in Tisis?

Fragen nach der Rechtmässigkeit

Neben diesen zur Sache gestellten Fragen gibt es auch Fragen nach der Rechtmässigkeit der Darlehensvergabe, obwohl die VU bisher immer wieder betonte, dass alles mit rechten Dingen zu und her gegangen sei. Wenn alles rechtens war, so eine der offenen Fragen, können in Zukunft alle damit rechnen, dass sie ein Darlehen aus der Pensionskasse erhalten können, auch wenn das Objekt nicht im Inland, sondern auch im Ausland steht?

● Wieso war immer nur von einem Darlehensnehmer die Rede, in der offi-

ziellen Version wenigstens, doch offensichtlich eine zweite Person, die nie beim Staat beschäftigt war, die Hälfte des Darlehens zugestanden erhielt?

● Wie ist erklärbar, dass der frühere Regierungschef Hans Brunhart, der die Darlehensvergabe offensichtlich mit aller Kraft betrieb und den FBP-Regierungsmitgliedern Informationen vorenthielt, beteuern konnte, dass alles mit rechten Dingen abliefe – in einem Telefongespräch mit unserer Zeitung jedoch der Darlehensnehmer darauf hinwies, dass er den Regierungschef mehrfach auf die Problematik des Vorgehens aufmerksam gemacht habe?

Regierung und Landtag gefordert

Mit der Rückzahlung des Darlehens darf es in diesem Fall nicht sein Bewenden haben. Die Regierung ist aufgefordert, lückenlos zur Aufklärung der Rückzahlung in der Öffentlichkeit beizutragen. Dem Landtag wird es obliegen, seine Kontrollfunktion – auch nachträglich – vollumfänglich wahrzunehmen. Die Geschäftsprüfungskommission, die beispielsweise nie mit dem Darlehensnehmer gesprochen hat, muss aktiviert werden – oder es muss eine unabhängige Untersuchungskommission geben.

Telefonieren erneut teurer

Bereits anfangs nächsten Jahres um rund 10 Prozent teurer

Bern (spk) Die PTT setzen ihre Hochpreispolitik im Telekommunikationsbereich fort. Das Telefonieren im Inland soll bereits 1994 erneut im Schnitt um zehn Prozent aufschlagen. Der Inlandverkehr würde damit rund 113 Mio Fr Mehreinnahmen in die PTT-Kassen fliessen lassen.

Diese Angaben sind in einem bisher vertraulichen Tarifmassnahmen-Paket enthalten, das zurzeit von der Konsultativ-Kommission der PTT behandelt wird. Die Gründe für den geplanten neuen Aufschlag sind im neuen Fernmeldegesetz zu suchen, das für sämtliche Dienstleistungen Kostendeckung vorsieht. Quersubventionierungen sind damit nicht mehr erlaubt, wie PTT-Pressesprecher Oskar Hänni am Sonntag ge-

genüber der Nachrichtenagentur spk ausführte.

Konkret würden sich die Aufschläge im Telefon-Verkehr wie folgt auswirken.

Für Ortsverbindungen im Normaltarif würde der Preis um elf Prozent und in Niedertarifzeiten um neun Prozent ansteigen. Dies sollte den PTT rund 52 Mio Fr an Zusatzeinnahmen bringen.

Teurere Anschlüsse

Damit aber nicht genug. Neben dem Telefonverkehr sollen auch die Abonnementstaxen für Telefonanschlüsse verteuert werden. Neu soll es nur noch zwei, statt wie bisher vier Taxkreise geben.

Bundesratsparteien weitgehend einig

Bürgerliche Parteien sagen am 26. September fünfmal Ja

Bern (AP) Die Schweizer Bundesratsparteien sind sich über die Abstimmungsparolen vom kommenden 26. September weitgehend einig. Während die bürgerlichen Parteien CVP, FDP und SVP alle fünf unterstützen, lehnt die SPS den dringlichen Bundesbeschluss zur Arbeitslosenversicherung als einzige Regierungspartei ab.

Der arbeitsfreie 1. August, der Wechsel des Laufenthalts von Bern zum Kanton Basel-Landschaft, der Verfassungsartikel gegen den Waffenmissbrauch und das Sofortprogramm gegen die Kostensteigerung in der Krankenversicherung werden von allen Bundesratsparteien unterstützt. Dies steht nach den Parteitagen von FDP, CVP und SVP vom Frei-

tag und Samstag fest. Die SVP-Delegierten hatten die Parolen bereits eine Woche zuvor gefasst.

Die Volksinitiative für einen arbeitsfreien Bundesfeiertag und der Verfassungsartikel gegen den Waffenmissbrauch blieben bei allen Parteien unbestritten. Dem Wechsel des Laufenthalts zum Baselbiet stand die SVP am spekulativsten gegenüber. Der SP-Parteivorstand bekundete einige Mühe mit dem Sofortprogramm in der Krankenversicherung und stimmte nur mit Vorbehalten zu. Erwartungsgemäss scherten die Sozialdemokraten bei der dringlichen Revision zur Arbeitslosenversicherung aus.

Sport aktuell

FC Vaduz siegte 3:2

In der 4. Runde der Erstliga-Fussball-Meisterschaft feierte der FC Vaduz am Samstag einen verdienten 3:2-Erfolg über Rorschach. Den Siegestreffer erzielte Spielertrainer Abel in der 87. Minute. Auftakt am Wochenende in der 2./3. Liga. Der FC Balzers musste gegen Rapperswil in der 90. Minute noch den 2:2-Ausgleichstreffer hinnehmen. Der FC Schaan lag gegen Bad Ragaz mit 0:2 zurück, feierte aber noch einen 3:2-Sieg. Der USV Eschen-Mauren startete mit einem torlosen Remis in Au. 3. Liga: Triesen – Landquart 1:1, USV II – Vaduz II 2:2, Balzers II – St. Margrethen 0:4, Au II – Ruggell 2:1.

Fondriest gewann «Züri-Metzgete»

Mit einem Sieg des italienischen Weltcupleaders Maurizio Fondriest endete gestern die von Basel nach Zürich führende Rad-«Züri-Metzgete». Den zweiten Platz belegte der Franzose Charly Mottet.

Leichtathletik-WM zu Ende

Gestern wurden die Leichtathletik-Weltmeisterschaften in Stuttgart abgeschlossen. Samstag/Sonntag fielen nochmals drei Weltrekorde (US-Staffeln über 4 x 400 m sowie Frauen-Dreisprung). Der Schweizer Werner Günthör verteidigte seinen WM-Titel im Kugelstossen erfolgreich.

Tennis-Junioren-Landesmeisterschaften

Auf den Anlagen des TC Triesen und des TC Balzers wurden übers Wochenende die Liecht. Junioren-Landesmeister 1993 erkoren. Die neuen Titelträger heissen: Stefan Ritter (Junioren I), Eric Oehri (Junioren II), Patrick Andenmatten (Junioren III), Christoph Vogt (Junioren IV), Daniel Vogt (Junioren V), Christine Vogt (Juniorinnen II), Angelika Schädler (Juniorinnen III), Sabrina Vogt (Juniorinnen IV).

Heute Abschluss des Umwelt-Treffens

Graz (AP) Die Umweltministerinnen Österreichs und der Schweiz sowie ihre Amtskollegen aus Deutschland und Liechtenstein haben sich am Sonntag im österreichischen Graz zu ihrem alljährlichen Umweltminister-Gipfel getroffen. Im Rahmen der Konferenz soll laut Angaben der österreichischen Nachrichtenagentur APA eine Erklärung zur Verringerung der Ozon-Vorläufersubstanzen unterzeichnet werden.

Am Treffen nehmen neben Bundesrätin Ruth Dreifuss die österreichische Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie, Maria Rauch-Kallat, der deutsche Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Klaus Töpfer sowie der liechtensteinische Regierungschef-Stellvertreter Mario Frick teil.

Die Konferenz in Graz ist bereits das zwölfte Treffen dieser Art.

Schwarz/Weiss-Lithos

PRE
press

SATZ & REPRO AG
STÄDTLE 32 · FL-9490 VADUZ

TELEFON : 075 / 232 48 88
TELEFAX : 075 / 232 09 40